

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 5.00 M. Einzelgenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 2.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 4.00 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 8866 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 6

Duisburg, den 11. Februar 1922

23. Jahrgang

Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Finanzstärke

Unsere letzte Beitragserhöhung hat in den weitesten Kreisen unserer Kollegen ein erfreuliches Verständnis für die Notwendigkeiten der Zeit und einen Opfergeist gezeigt, auf den wir stolz sein können. In den meisten Versammlungsberichten wird dargelegt, daß die Beschlussfassung über die Beitragserhöhung einstimmig oder fast einstimmig erfolgt sei. In manchen Vereinen sind die Mitglieder über die Vorschläge ihrer Verwaltungen noch hinausgegangen.

Es ist gut so, daß solch gesunder Sinn unsere Mitglieder besetzt. Nur dieser Sinn hat den christlichen Metallarbeiterverband finanziell an die Spitze der deutschen Metallarbeiterorganisationen gebracht und ihn zum sichern Hort und Schutz der Arbeiterinteressen werden lassen.

Die ganze Bedeutung der gewerkschaftlichen Finanzstärke wird uns erst recht klar, wenn wir erwägen, daß dieselbe entscheidend ist

1. zur Durchführung der Arbeiterforderungen,
2. zur Sicherung des gewerkschaftlichen Einflusses.

Gerade unsere Zeit mit ihrer unheimlichen Entwertung des Geldes stellt finanzielle Anforderungen, wie nie zuvor an die Organisation. Von dem Ausgleich dieser Geldentwertung hängt zuguterletzt die ganze entsprechende

Gestaltung des Unterstützungswezens

ab. Es sind Riesensummen, welche in Form von Kranken-, Umzugs-, Reise- und Sterbeunterstützung wieder an die Mitglieder zurückfließen. Wie wertvoll und beruhigend diese Zuschüsse zu sonstigen gewerkschaftlichen Unterstützungen wirken, davon wissen die Kollegen am besten zu erzählen, welche die Notzeit kranker oder arbeitsloser Tage am eignen Leibe zu verspüren Gelegenheit hatten. Und wenn der Verbandszuschuß in diesen Nöten, entsprechend dem Charakter der Organisation als wirtschaftliche Interessensvertretung, sich auch nur in mäßigen Grenzen hält, so ist diese Hilfe doch bedeutsam und nicht selten kommt es vor, daß bei einer solchen Periode der Not das Mitglied ein Vielfaches des überhaupt gezahlten Beitrages in Form von Unterstützungen zurückerhält.

Ungleich wichtiger vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ist die Finanzkraft unseres Verbandes, wenn es sich um Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen handelt. Trotz aller Einigungsorgane, welche geschaffen sind und noch geschaffen werden, werden Wirtschaftskämpfe uns nicht erspart bleiben. Es wird immer Unternehmer und Unternehmerorganisationen geben, die jeglichen Sozialgeist aus ihrem Gesichtskreis verbannen. Es wird immer und immer wieder vorkommen, daß die Arbeiter im Kampf ihre Wünsche und Forderungen durchdrücken müssen. Ein Streik aber zieht nicht nur den im Alltagskampf hart gewordenen Mann, der schließlich mit zusammengebissenen Zähnen stolz der Not trohen möchte, in seinen Bannkreis, sondern auch weichere Naturen, insbesondere aber die Familienangehörigen des streikenden Arbeiters. Auf diese Tatsache hat die Organisation Rücksicht zu nehmen. Es wäre lächerlich, wollte man annehmen, daß nur begeisterte Anfeuerungen die Kampfkraft beleben, den Durchhaltensmut steigern und damit schließlich den Sieg sichern könnten. Wenn die Einnahmequelle völlig versiegt, würde die Not ins Ungemessene wachsen und wenn dann Frau und Kinder nach Brot schreien, würden die Herzen der Streikenden unempfindlich werden gegen Worte. In solchen Kampfzeiten

muß die Organisation praktisch hinter jedem Kämpfer stehen und ihm auch finanziell die Möglichkeit zum Bestehen eines etwaigen Kampfes geben. Das geschieht durch die Streikunterstützung. Sie ist die eigentliche, gewerkschaftliche Unterstützung und gerade mit Rücksicht auf sie bezeichnen wir unsere Finanzbasis als Kampffonds. Wirtschaftskämpfe lassen sich natürlich nicht mehr mit den uns heute gering scheinenden Beiträgen führen, wie das früher möglich war. Sie erfordern unter Umständen ganz gewaltige Summen. Daraus erhebt sich ohne weiteres die

Wichtigkeit eines starken Kampffonds.

Nur ein starker Kampffonds sichert die Schlagkraft der Organisation. Die Organisationen, die auf Kosten dieser Finanzbasis noch den „billigen Satz“ markieren, sind und bleiben einflusslos im Wirtschaftsleben und haben kein Anrecht darauf, als „führende“ Organisationen in Frage zu kommen.

Für uns christliche Gewerkschaftler ist und bleibt der Streik selbstverständlich das letzte Mittel. Jener Mutgeist, wie er insbesondere in den sog. Organisationen sich zeigte und auch jetzt noch zeigt, ist bei uns nie heimisch gewesen. Der „tobende Anflug der gewerkschaftlichen Keullinge“, die nach der verallgemeinernden Behauptung des „Regulator“ (Nr. 4, 22) „in den anderen Verbänden die Führung führten“, ist bei uns nie zur Geltung gekommen. Von einem solchen Geist würde sich unser christlicher Metallarbeiterverband nicht beeinflussen lassen.

Wir wissen, daß es ein Verbrechen ist an denjenigen, die uns vertrauen, an den Arbeitern selbst, wenn man ohne zwingende Gründe zum Streik aufrufen würde. Wir wissen, daß der Streik ein zweischneidiges Schwert ist und in seiner Wirkung nicht nur den Arbeitgeber trifft, sondern auch unsere Volkswirtschaft und ohne Rücksicht auf seinen Ausgang auch der kämpfenden Arbeiterschaft große Opfer auferlegt. Gerade in kritischen Situationen verlangt ehrliche Gewerkschaftsarbeit gewisse Maßnahmen

eine Konzentration des Verantwortungsgefühls.

Mit gebotener Rücksicht auf die großen Opfer, die jeder Streik, auch der erfolgreiche, den Kollegen auferlegt, trachten wir stets darnach, wenn irgend möglich, in friedlicher Verhandlung unser Ziel zu erreichen. Diese friedliche Durchsetzung unserer Forderungen gelingt uns um so sicherer, wenn wir uns auf den Kampf vorbereiten. Je stärker wir unsere finanzielle Rückung gestalten, desto weniger werden die Unternehmer geneigt sein, mit uns anzubinden und es zu einem Abgang kommen zu lassen. Bei den Arbeitgebern verlangen die letzten Endes keine radikalen Phrasen, auch nicht allein hohe Mitgliedsziffern, sondern der wohlgefüllte Julusturm.

Das wollen insbesondere wir Metallarbeiter uns merken, die wir dem kapitalträchtigsten Unternehmertum gegenüberstehen. Ein solches Werk haben wir in verhältnismäßig kurzer Zeit zustande gebracht. Derselbe Geist, der den Verband aus kleinen Anfängen zur achtunggebietenden Macht gestaltete, er soll und muß sich auch auswirken in finanzieller Beziehung. Opferbereiter Metallarbeitergeist muß und wird Garantie dauernder Aufwärtsentwicklung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes sein zum Segen unserer Kollegenchaft.

Im Eisenwirtschaftsbund erklärten sich alle Gruppen von Arbeitgebern — Erzeuger, Verbraucher und Händler — gegen die Wiedereinführung von Höchstpreisen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind im Eisenwirtschaftsbund in gleicher Stärke vertreten und die Geschäftsordnung des Eisenwirtschaftsbundes bestimmt, daß ein Antrag als abgelehnt gilt, wenn die Abstimmung über einen Punkt Stimmengleichheit ergibt.

Die Vertreter unserer Bewegung — die grundsätzlich an dem Standpunkt festhalten, daß die Arbeitnehmer in Fragen der Preisbildung mitzuwirken haben — stehen somit vor der vollendeten Tatsache, daß eine Abstimmung angesichts der grundsätzlichen gegensätzlichen Auffassung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mer zu einer erneuten Abklärung von Höchstpreisen führen würde. Um trotzdem einen Einfluß der Arbeitnehmer in der Preisbildung aufrecht zu erhalten und zu sichern, beantragten sie:

1. Es wird bis zur anderweitigen Regelung durch den Inlandsarbeitsausschuß eine Kommission gebildet, bestehend aus 6 Vertretern der Erzeuger, 2 Vertretern des Handels und 4 Vertretern der Verbraucher, je zur Hälfte Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mit der Aufgabe, vom 1. Januar ab bei den Festsetzungen der Höchstpreise und der Verkaufsrichtlinien des Deutschen Stahlbundes derartig mitzuwirken, daß die Interessen der Erzeuger, des

Handels und insbesondere die Allgemeininteressen gewahrt werden.

2. Die Kommission soll darauf hinwirken, daß die Höchstpreise den jeweiligen Selbstkosten zugänglich eines angemessenen Gewinns entsprechen.
3. Der Kommission sind auf Verlangen die gleichen Auskünfte zu erteilen, wie dem Inlandsarbeitsausschuß. An den Sitzungen nimmt ein Kommissar des E. W. B. teil.
4. Die Kommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Deutschen Stahlbund eine Regelung zu treffen, wonach die Erzeuger, Verbraucher und Händler sich privatvertraglich durch Konventionen ähnlich den Bestimmungen des § 11 Abs. 4 der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft in Verbindung mit § 5 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des E. W. B. zur Innehaltung der Höchstpreise verpflichten.
5. Die Kommission hat fortlaufend, spätestens alle 3 Monate, über ihre Tätigkeit dem Inlandsarbeitsausschuß Bericht zu erstatten und etwa notwendige Maßnahmen dem E. W. B. vorzuschlagen.

Diesem Antrage wurde entsprochen.

Und nun beachte man das Durcheinander im roten Lager. In Nr. 4 der Metallarbeiterzeitung verspricht Genosse Hermann Schliestedt ein reichliches Quantum Galle gegenüber der Vertretung der „bürgerlichen Harmonieverbände“. Die Rechtfertigung für den Standpunkt unserer Kollegen schreibt bereits in der vorhergehenden Nr. 3 der Vertreter des sozialistischen Metallarbeiterverbandes im Eisenwirtschaftsbund, Genosse Weimann. Stellen wir einmal die wichtigsten Auslegungen gegenüber.

Schliestedt:

Nach der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft regelt der Eisenwirtschaftsbund die Preise und Verkaufsbedingungen für den Absatz im Inlande. Auf die Befolgung dieser Bestimmungen hatte der Inlandsarbeitsausschuß am 22. April 1921 durch Mehrheitsbeschluß verzichtet und dadurch die Wirksamkeit des E. W. B. aufgehoben. Die Folge war ein unerhörtes Steigen der Eisenpreise im Werkshandel.

Die bürgerlichen Arbeitervertreter beantragten sogar, zu den Beratungen im Stahlbund sechs Arbeiter und Angestellte und — weil doch die Parität zu wahren sei — auch sechs Unternehmer aus dem Inlandsarbeitsausschuß zuzulassen. Die einzige Bedingung war die verbürgte Einhaltung der Höchstpreise. . . .

Es war selbstverständlich, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften und des IFA-Bundes eine derartige Komödie nicht mitmachten. Sie konnten und wollten die Verantwortung für eine Regelung der Preise für Eisen und Stahl nicht tragen, wenn sie nicht einmal „parteilich“ mitwirken können. Die bürgerlichen Harmonieverbände, die Christen, Kirche, G. D. N., D. S. B. usw. haben durch ihren Beschluß das geringe Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten vollends preisgegeben.

Die bürgerlichen Arbeiter- und Angestelltenvertreter sitzen aber bei den offiziellen Beratungen ohne den geringsten Einfluß. Sie haben es nicht besser gewollt und tragen jetzt auch die Verantwortung.

Den Unternehmern ist es gelungen, den ihnen verhassten E. W. B. auszuschalten, Arbeitervertreter haben dabei mitgeholfen, und sich dadurch zur vollständigen Einflußlosigkeit verurteilt.

Dabei haben die Arbeiter überhaupt kein Stimmrecht, können nichts beschließen — es wird nur verhandelt, nicht abgestimmt, erklären die Unternehmer. —

Nun liegen hier erst zwei Meinungen zu dieser Frage vor. Auf die Wirkung einer allgemeinen Meinungsäußerung im freien Verband dürfte man nach deren Ergebnis gespannt sein. Dann würde es sicher mehr Meinungen wie Mitglieder dort geben. Das nennt man in diesem Verband „zielbewusstes Streben“.

Weimann:

Die ungeheure Verschlechterung der Marktbedingung naturgemäß für die Hüttenwerke, deren Rohmaterialien zu mehr als 80 v. H. vom Ausland bezogen werden müssen, höhere Gestehungskosten. Ich habe als stellvertretender Vorsitzender des E. W. B. Gelegenheit, die Selbstkosten der Werke nachzuprüfen und festgestellt, daß bei jeder Veränderung des Guldenkurses um 1 Mark sich die Selbstkosten allein durch den Bezug ausländischer Erze bei einer Tonne Stabeisen um 20—23 Mark verschoben, dabei ist nicht an die Erhöhung der Aufwendungen für Reparaturen, Magazinmaterialien, Löhne und Gehälter, Kosten und Frachten gedacht.

Leider konnten sich die Mitglieder der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften nicht entschließen, dieser vorläufigen Regelung (unserm Antrag, die Redaktion) beizutreten. Sie glaubten dadurch sich des Rechts der beschließenden Stimme zu geben. . . . Ich halte diesen Standpunkt für sehr naiv und bin der Meinung, daß, nachdem der Antrag auf Höchstpreise gefallen war, man nicht den letzten Einfluß auf die Preisgestaltung aus der Hand geben soll. . . .

Ich hätte es für richtig gehalten, wenn auch die Vertreter der freien Gewerkschaften diesem Kompromiß beigetreten wären. Sie hätten dann immer noch, wenn sie feststellten, daß sie nur eine Statistenrolle spielen sollten, zurücktreten können. . . .

Nachdem die Höchstpreise aber abgelehnt waren, war dieser Weg immer noch der gangbare, zumal diese Kommission als ein Organ des E. W. B. zu bezeichnen ist.

Wenn man Höchstpreise hätte und wollte sie abbauen, mußte man auch Kompromisse. . . . Hier werden die Verhandlungen in getrennten Sitzungen solange geführt, bis man einen Preis erzielt hat. . . . Die dann in der offiziellen Sitzung erfolgte Abstimmung ist nur noch eine Formsache.

Daß uns das Geschreibsel von Sch. sehr wenig ansticht, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen. Kleckelt es ihm, wenn er nur noch in den Kreisen erst genommen wird, die den Wert einer Meufierung lediglich nach der Menge der in ihr enthaltenen Phrasen bemessen.

Wenn Sch. in seinem Geschreibsel die „bürgerlichen“ Vertreter zu verfolgen versucht, wie muß der Mann erst geladen sein auf den sog. Reichswirtschaftsminister, dessen Unterlassung ja die eigentliche Ursache der verfahrenen Lage ist. Wir glauben allerdings nicht, daß sein Mut noch ausreicht zu einem „solgen Phrasenkampf“ gegen den „sündigen Freund“.

Streiflichter

Pfarrer Dr. Weber †

Dr. Ludwig Weber, Vorsitzender des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, ist am Sonntag in Bonn gestorben. Er war geboren 1846 in Schwelm. Dr. Weber war besonders seit seiner Mitarbeit in M. Gladbach einer der Vorkämpfer der evangelischen Arbeiterbewegung, die an ihm einen weisshäutigen Führer verlor.

Mit warmer Seele stand er auf der Seite der christlichen Gewerkschaften, deren Ideen in ihm einen tatkräftigen und glühenden Verteidiger fanden. Kein Kongreß der christlichen Gewerkschaften und der christlichen Arbeiterbewegung überhaupt ging vorbei, an dem Pfarrer Weber nicht teilgenommen und die Versammelten aus der Güte seines Herzens aufzuforderte, alles für unsere Sache einzusetzen. Auch an den Generalsammlungen unseres Verbandes nahm Pfarrer Weber, wenn es eben seine Zeit erlaubte, teil und stand unserem Verbands mit manchem guten Rat zur Seite. Die christliche Metallarbeitergewerkschaft wird dem Verstorbenen stets ein treues Andenken bewahren. Er ruhe in Frieden!

Die Deutsche Volksbank.

Die von den christlich-nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden mit einem Betriebskapital von 10 Millionen Mark als soziales Bankunternehmen gegründet worden ist, wird mit Beginn des kommenden Jahres als ersten Geschäftsjahr die Spargeldverehr aufnehmen, nachdem ihr die durch eine Abänderung des Kapitalfluchtgesetzes ermöglichte Genehmigung zur Annahme von Spargeldern erteilt worden ist.

Die Absicht der Gründer ist bekannt; die Deutsche Volksbank soll die Spargelder der Verbandsmitglieder zusammenfassen und sie ausschließlich nach den Interessen der Sparer im wirtschaftlichen und sozialen Sinne verwalten.

Für die Gründung war ferner auch der Wunsch mitbestimmend, die Ueberhöfische den eigenen Kreisen zuzuführen; ist es doch bekannt, daß auch die öffentlichen Spartassen ihre Ueberhöfische nicht für die Sparer, sondern zur Beseitigung kommunaler Sorgen verwenden.

Der Aufsichtsrat der Bank ist unter dem Vorsitz des Minister Stegerwald aus Führern der Gewerkschafts- und Verbandsorganisationen gebildet und wird durch einen Verwaltungsbeirat von hernahegenden Vertretern des Wirtschaftslebens unterstützt.

Die Sparer haben hier also den in gewerkschaftlichen Kreisen erstrebten Einfluß auf die Verwaltung ihrer Spargelder, der anderwärts fehlt. Sie haben die Gewißheit, daß die Spargelder ausschließlich ihren Interessen, also nicht Kreisen zugute kommen, die ihnen fremd oder absehend gegenüberstehen.

Um möglichst jedem Verbandsmitglied im ganzen Reiche die Möglichkeit zu geben, sich die Vorteile der eigenen Bankgründung in bester Weise zu sichern, ist ein Postsparsparverfahren eingerichtet.

Daneben ist für den baren Spargeldverkehr der Ausbau eines Netzes von „Spargeld-Annahmestellen“ in Aussicht genommen und in Vorbereitung, dem der allmähliche Aufbau der übrigen Bank-einrichtungen in einer der Entwicklung entsprechenden Weise folgen wird.

Als erste Annahmestelle für den Barverkehr wird die Hauptgeschäftsstelle für den Westen am 2. Januar 1922 ihren Geschäftsbetrieb in Essen, Schützenbahn Nr. 24, eröffnen und zugleich den gesamten Postsparsparverkehr leiten. Auf die Aufgaben der Essener Kassenstelle werden wir zurückkommen.

Die Vertrauensleute und die Hauskassierer der christlichen Gewerkschaften werden es übernehmen, ihren Kollegen und Kameraden Postsparsparverfahren auszuhandigen, und damit den Postsparsparverkehr auf eine breite Grundlage stellen.

„Kommunistische Humorkita.“

Am dem Lärm im kommunistischen Lager hat sich die Mittwelt wohl schon gewöhnt. Man hat zu oft Gelegenheit, zu beobachten, daß sehr vieles von „dem vermeintlichen Führer der Entscherten und Unausgeheilten“, von ihrer „Schwindsucht nach der kommunistischen Glückseligkeit“ eitel Dummheit und Wahn ist. Dieser „Sinn für Theaterdummheit“ eignet nicht nur der deutschkommunistischen Bewegung. Das zeigt eine Begebenheit aus dem kommunistischen Lager Österreichs, über welche die „Christlich-sozialen Arbeiterzeitung“ Wiens am 28. Januar 1922 zu berichten in der Lage ist. Demnach habe der „Austrijsche kommunistische Zeitung „International““ folgendes Inserat gebracht:

Die Geschichte der Drehbank

Gewerbeschulrat Hegele.

Die englische eiserne Drehbank.

Die Entwicklung der englischen Drehbank ist hauptsächlich durch die Namen und Verdienste der 3 ersten großen Maschinenfabrikanten Englands bezeichnet, durch Mandelaj in London, Fox in Derby und Whitworth in Manchester. Mandelaj (geb. 1740, gest. 1831 in London) begründete 1797 eine eigene Werkstatt und besaß die hauptsächlichsten mit der Herstellung der von seinem Bohrermeister Francis erfundenen Schloßer, mit hydraulischen Pressen und astronomischen Instrumenten, mit dem Bau der astronomischen Spinnmaschine (1769) und des Cartwright'schen Webstuhls (1784). Mandelaj fertigte die ersten ganz aus Eisen bestehenden Drehbänke, für die er eigene Dornen schuf durch Einführung besonderer Maschinen mit abgerundeten Ueberführungen anstatt der sonstigen mit abgerundeten Formen versehenen Scheiben. Er fertigte die ersten großen Drehbänke mit Spindel und Spindeltrieb und erfand den Antrieb der Spindel durch Zahnräder. Ihm sind auch die ersten feinstgelegten Gewindegezähne zu verdanken.

Weitere Verbesserungen erreichten seine Nachfolger in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, Fox und Rowan in Derby, Roberts und der in England tätige Schweizer Bodmer, alle in oder bei Manchester, der damals fast ausschließlich der größten Fabrikstadt Englands. Sie verarbeiteten die Amalgamben der Drehbank, erfanden den Schlittenantrieb durch Zahnstange, einen runden drehbaren Stahlhalter, die Kröpfung des Bettes, die feinsten Vertikalität des Reitbühnenteils, die Reibschneidmaschine mit Voreingewinde u. a. Die Schraubenherstellung machte Fortschritte. Der mittels geauete Gewindebohrer in Eisen zu 3 Stück kam auf und Fox konstruierte um 1830 die ersten Felgen- und Mutterstehmaschinen, mit in der Höhe verstellbarer und sich umdrehender Arbeitsspindel mit umlaufendem Gewindebohrer oder Schneidzeug.

„Eine Nacht in Sowjetrußland“ am 5. Februar 1922 im Volkshaus. Großer Familienball mit Maskenball. Sozialisierung mit Schraumenmusik usw. durch die Sowjetregierung im Volkshaus. Mit über 100. Herakliche Einladung an alle Genossen und Genossinnen! Das Komitee.

Dieses Inserat ist eine treffliche Illustration zu der kommunistischen Hilfsbereitschaft für die Hungernden in Rußland, die sich bei uns sogar in Briefen an die Unterzeichner ausgewirkt hat. Und solche Herakliche wollen noch ernst genommen werden. Mit Recht abgesetzt die „Christlich-sozialen Arbeiterzeitung“ dieses Treiben mit den Worten: „Dieses Komitee muß doch eine arg verrohte Bande sein.“

Die „Einflucht“ der Arbeitgeberzeitung.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 4, 1922) sieht sich veranlaßt, die Stellungnahme des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Streik wie folgt zu gliedern: „Sehr schön! Aber wenn die gewerkschaftliche Disziplin nicht ausreicht? Wenn die Macht der Führer verläßt? Oder wenn diese ihre Macht nur unvollständig gebrauchen? Wozü fürchten, die Schwäche macht doch keinen Sommer.“

Statt sich hier in häßlichen Zweifeln zu ergehen über die Disziplin in den Gewerkschaften, oder die Macht, oder Zuverlässigkeit der Führer, hätte die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung vorzuziehlicher gehandelt, wenn sie den ihr nachstehenden Kreisen einmal gründlich den Kopf gewaschen hätte. Es geht nicht an, einfach nur den Arbeitern alle Verantwortung aufzubürden und sie bei allen verfahrenen Lagen als „Sündenböcke“ hinzustellen. Wenn die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung objektiv die Dinge betrachtet, dann wird sie nicht nur den Spittler in des Bruders Auge, sondern auch den Balken im eigenen Auge entdecken.

Wir sind gewiß die letzten, die irgend eine gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit begehnen, oder gar zu befehlen. Es muß aber auch einmal gesagt werden, daß es den Arbeitern oft sehr schwer gemacht wird, in eigener Disziplin auszuharren. Es ist undenkbar, daß trotz des Papierhütchens, das der Arbeiter am Lohnzettel erhält, keine Lage keineswegs eine solche ist. Statt eines Auftrags bracht er die letzte Zeit wieder eine erhebliche Verschlechterung. Arbeitgebern bleibt es logischer nachschaffen, diese Verschlechterung das Aufsteigen der Löhne von Dezember auf Januar um 11 Prozent zu leugnen. Wenn einerseits ein solcher Geist sich auswirkt im Verhalten der Vorgesetzten der Arbeiter, und in der Beförderung jeglicher Forderung derselben, andererseits die Gewerkschaften Millioneneinnahmen einstreichen in der Lage sind, dann muß die Erregung in den Arbeiterkreisen ja richtiger werden und alle Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Disziplin außerordentlich erleichtern. Nur dann hebt sich die Macht zur Kritik, wenn ihr mehr Entgegenkommen zeigt, mehr soziale Einsicht!

Sozialpolitik

Lebensalter- und Sozialversicherung.

In der Sozialversicherung spielt das Lebensalter beim Eintritt in die Pflichtversicherung, bei der freiwilligen Versicherung, bei Gewährung von Leistungen usw. eine große Rolle.

Bevor bei der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung die Versicherung Platz greifen kann, muß der Betreffende das 16. Lebensjahr vollendet haben; in der Unfallversicherung ist außerdem Voraussetzung, daß das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten ist. Die Kranken- und Unfallversicherung kennt keine Altersgrenze bei der Versicherungspflicht. Hier können schon schulpflichtige Kinder der Versicherung unterworfen sein. In der Unfallversicherung sind sogar Kinder von 6 Jahren als der Versicherungspflicht unterstellt worden. In diesem besonderen Falle handelt es sich um ein Kind, das ein vor ein Gopelwerk genanntes Pferd hin und wieder durch einen Peitschenhieb anzutreiben hatte.

Wer bei der Invalidenversicherung von dem Selbstversicherungsrechte Gebrauch machen will, darf das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Bei der Kranken- und Unfallversicherung gibt es auch keine bestimmte Grenze; lediglich auf Grund der Sühnung der Krankenkasse kann der freiwillige Eintritt in die Versicherung von einer bestimmten Altersgrenze abhängig gemacht werden.

Über 40 Jahre alte Personen können die erwünschte Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur wieder zum Ausleben bringen, wenn sie vor dem Erlöschen mindestens 500 Beitragsmarken entrichtet haben und neuerdings nochmals 500 Beitragsmarken verwenden.

Die 60jährigen sind etwas übler daran; bei letzteren leht die Anwartschaft nur dann wieder auf, wenn sie vor dem Erlöschen derselben, mindestens 1000 Beitragsmarken nachzuweisen vermögen, was eine hohe Leistung ist.

Nach Vollendung des 65. Lebensjahres steht dem Versicherten die Altersrente zu, aber nur bei Nachweisung von mindestens 1200 Beitragsmarken; mit dem gleichen Alter wird bei der Unfallversicherung das Ruhegehalt ausbezahlt. Voraussetzung: Erfüllung der Wartzeit.

Mit dem 15. Lebensjahre kommen bei der Unfall- und Invalidenversicherung die Rentenrenten zur Einstellung; bei der Unfallversicherung ist als Grenze des Wegfallens solcher Bezüge das 18. Lebensjahr festgesetzt.

Der erfolgreichste Werkzeugmaschinenfabrikant war Whitworth (geb. 1803, gest. 1887) in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Es war die Zeit der Entzweiung der Eisenbahn und des Dampfschiffs, der allgemeinen Verbreitung der Dampfmaschine, die alle ein bis dahin ungekanntes künstliches Bedürfnis nach Werkzeugmaschinen hervorriefen. Die Maschinen wurden jetzt allgemein für den Verkauf gebaut und die Gestalt der Drehbank begann feste Formen anzunehmen. Man war jetzt so weit, daß die aufstrebenden Kräfte richtig erkannten, das entheilige Geheimnis der Werkzeugmaschinen und die Materialeigentümlichkeiten voll beherrschbar wurden. Whitworth schuf den Hohlzug, der bei geringsten Materialaufwand größte Widerstandsfähigkeit aufwies und bildete einen eigentlichen Whitworth-Hilf für Drehbänke aus. Schon seine erste Drehbank im Jahre 1835 zeigte bedeutende Fortschritte in bezug auf zweckmäßige Handhabung und Betriebsicherheit; wie rechtzeitig den Querschnitt des Bettes, doppelter Räderverlage parallel und hinter der Arbeitsspindel, selbsttätigen Pleugzugapparat und Doppelkasshalter. Besonders eifrig besaßte er sich mit der Herstellung genauer, auswechselbarer Schrauben. Sein schon 1835 aufgestelltes Getriebsystem ist auf diesem Gebiete bahnbrechend geworden.

Besondere Schwierigkeiten machten den englischen Drehbankbauern eine dauerhafte, nachstellbare Lagerung der Drehspindel, die Ausgestaltung des Schlittens und eine genaue, einwandfreie Schlittenführung, denn von der Güte dieser Maschinenente hing die Genauigkeit und Leistungsfähigkeit der Drehbank ab.

Die Meinungen über die besten Spindelager, waren anfangs sehr verschieden, eindrucksvolle Erfahrungen herrschten weder über die Spindelringe oder sonstige Lagerformen, noch über das Material der Pleughänger; die verschiedenen Lagerformen, Pleughänger, Pleughänger und Pleughänger blieben lange nebeneinander bestehen. Randslag wurde bei kleinen Pleughänger einen nach vorn gerichteten Lagerzapfen und am hinteren Ende eine Drehspindel, die sich gegen eine Säurebecken stemmte. Diese Lagerung hatte den Nachteil, daß sie sich bei der Erwärmung leicht lockerte und ge-

Selbstverwaltungskörper

Wahlgewalt für Eisenbahnwagen. Der Eisenbahnbauverein nahm in seiner am 17. Januar in Berlin stattgefundenen Sitzung den Bericht über die Tätigkeit der Selbstverwaltung im Jahre 1921 entgegen. Als besonders wesentlich ist demselben zu entnehmen, daß das Eisenbahnbauwerk in Eisenbahnwagen im vergangenen Jahre weit hinter dem dem Jahre 1920 zurückgeblieben ist. Im Jahre 1921 wurden nur 6700 Eisenbahnwagen ausgestellt gegen 21.500 im Jahre 1920. Die Waggonbauindustrie war deshalb bezüglich ihrer Beschäftigung in der Hauptstadt auf die Ausführung von Aufträgen für die deutsche Eisenbahnverwaltung angewiesen. Nebenbei ist noch der Einzug am 1. Februar im Sommer des Jahres 1921, während in den Monaten November und Dezember besonders durch den Rückgang eines größeren Geschäftes im Ausland (Polen) eine betragsmäßige Aufstockung des Auftragsbestandes erfolgte. Die Selbstverwaltung der Waggonbauindustrie ist für die nächsten Monate in hohem Maße abzulassen, als von den Eisenbahnen 7700 Eisenbahnwagen auf Bestellung des Reichsverkehrsministeriums bestellt werden sind. Für die ersten sechs Monate der nächsten Selbstverwaltung der deutschen Waggonbauindustrie werden die gesamten Aufträge in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt sein und wird die Lage dieser Industrie nicht als günstig betrachtet. Aus einer am 1. Oktober 1921 getroffenen Feststellung ergibt sich, daß im deutschen Eisenbahnbau rund 67.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden.

Dem Bedürfnis der deutschen Regierung nach Rohmaterialien Auslandsbesuchen hat der Eisenbahnbauverein nachdrücklich entgegen, indem er für den Verkauf von Rohmaterialien die Offertierung in Ausschreibung zur Bedingung erhebt. Damit ist jedoch kein Anreiz für die industriellen Werke ein großes Konkurrenzverhältnis, insbesondere für die Zeit, eine der Offertierung des zum Einzug des Auftrages. Nach dem Befolgen kann eine Ausschreibung bei der Reichsbank erfolgen. Betreffend der ersten Selbstverwaltung Verhandlungen eröffnet werden.

Für die Selbstverwaltung der Eisenbahn aus Polen findet ein umfangreicher Rohmaterialverkehr bei Eisenbahnen nach Polen statt. Um die Beschaffung gebräuchter Rohmaterialien aus Deutschland nach Polen zu verhindern, wurde eine Selbstverwaltung von 100.000 Mark in Eisenbahnen, der nach Polen geht, festgesetzt, welche besteht, sobald durch die Schuld einer Firma ein Betrag in der Selbstverwaltung Zeit nicht nach Deutschland zurückgeführt. Die Ausschreibung gebräuchter Rohmaterialien ist nur gestattet bei Erlaubnis amtlicher Kreise und der Verpflichtung, für die verbrauchten gebräuchten dieselbe Anzahl neuer Rohmaterialien in Deutschland zu beschaffen.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. Februar, der 7. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 12. Februar bis 18. Februar.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Gellert'schen: 1. Klasse 12.— Mark, 2. Klasse 10.— Mark ab 8. Woche. Call: 1. Klasse 12.— Mark, 2. Klasse 10.— Mark, 3. Klasse 8.— Mark, 4. Klasse 3.— Mark, Lehrlinge 1,50 Mark ab 1. Februar.

Außerdem erhalten die Genehmigung zur Erhebung der befallenen Beiträge: Meike-Kreuz, Wehlar, Eisenach, Lützel, Kiel, Breslau, Frankfurt/Main.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Fürth i. W. Hart an der tschechoslowakischen Grenze liegt das Städtchen Fürth i. W. Schon vor dem Kriege war hier eine größere Anzahl christlicher Gewerkschaften in den verschiedensten Organisationen vertreten, um ihre Lage zu verbessern. Unser christlicher Metallarbeiterverband war damals noch nicht vertreten, da nur wenige Metallarbeiter hier beschäftigt waren. Seit 1919 vergrößerte sich der hier befindliche Betrieb der Firma Haal. Genannte Firma besitzt eine Metz- und Zinnwarenfabrik. Ende 1920 gelang es endlich auch einige Kollegen zu gewinnen. Seit September dieses Jahres gelang es einigen wenigen Kollegen, eine größere Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen zu sammeln. Von den Jagdarbeitern im Betriebe kann leider nicht gesagt werden, daß sie sich besonders für ihre Mitarbeiter ins Zeug legen, um auch die Lage derselben zu verbessern. Sie selbst waren ja gut bezahlt und um ihre Mitarbeiter kümmern sie sich nicht. Erst dem Eingreifen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes war es zu verdanken, daß auch die Wäre der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen wesentlich gelindert sind. Zwar lassen auch da noch manche Bestimmungen des Tarifvertrages zu wünschen übrig, aber besser ist es jedenfalls doch geworden. Die zum Teil ungenügende Arbeit bringt es mit sich, daß die im Betriebe beschäftigten Arbeiter hier mit Krankheiten zu kämpfen haben und feiern müssen. Nun wendet die

rade an der höchstbelasteten Stelle geschwächt war. Deshalb verließ er seine früheren Väter mit anständigem Verdienste mit gewissen Schafen und einem tschechischen Hinterlager mit aufgegeben, regeligen Laufzug; die Laufstellen und Schafen waren gestärkt.

Fox schuf die nachstellbaren Lagerformen aus Stahl mit kegelförmigem Aufsatz und scharte so die Lager der Spindel in der Arbeitsspindel. Whitworth brachte zwei selbsttätige kegelförmige Lager mit festem Wundring auf, die für kleinere Drehbänke sehr gut, aber schwer nachzustellen waren. Darum wurde bald der kegelförmige Stab für das Ende der Spindel im Spindelkasten verstellbar gemacht und der feste Wundring durch einen einstellbaren ersetzt. Es soll dies zuerst durch die Firma Smith u. Coe in England gemacht worden sein. Diese „Lager“ sind in England und Deutschland sehr beliebt und hat sich bis zur Jahrhundertwende da und dort erhalten.

In Amerika wurde das geschlossene zylindrische Lager mit fester Wände dem englischen Lager immer mehr vorgezogen. Solcher wurde um 1870 zylindrische Lagerform, die einmal der Länge nach geschnitten waren. Später, anfangs der 30er Jahre, wurde in Amerika die kegelförmige Lagerform einmal ganz durchschliffen und zweimal eingeschliffen, eine Wauer, die bis heute in Deutschland viel Anwendung fand.

Der Amerikaner Perkins gab schon im Jahre 1893 schwere Spindellager mit Zinn aus und sein Landsmann Babbit erhielt im Jahre 1899 ein Patent auf Lagerformen aus einer Aluminiumlegierung. Dinstet um die Spindel ein geschlossenes Zinnblech finden sich später vielfach bei kleinen amerikanischen Maschinen. Im Einlage gehärrte Lagerstellen werden seit den 30er Jahren erwähnt.

Die Erfindung und Umgestaltung des Pleughängerlistens ging von Frankreich aus. Die ihm dort gegebene Beschleunigung Support-Unterlage ist auch in Deutschland bis heute gebräuchlich geblieben. Pinner, der im Jahre 1775 ein Buch über die Kunst des Drehens in Paris herausgab, beschreibt schon einen „eigenen Support“, um vollkommenen Halt der Pleughänger, wobei ein das Werkzeug tragender Schlitzen einen prismatischen Pleughänger in kegelförmig umgreift, so daß der Schlitten längs des Stabes verfahren werden kann.

Aus der Arbeiterbewegung der Welt

Konzentration in der Arbeitnehmerbewegung.

Die Nummer 1 des Reichsarbeitsblattes von diesem Jahre bringt eine vorzügliche Uebersicht über den „Gesamtaufbau der Gewerkschaften“, d. h. in diesem Falle die Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände von Dr. Wende, an deren Schluss es heißt: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung bietet in ihrem letzten Stand ein Bild starker Konzentration, die sich vor allem in der Zusammenfassung gleichgerichteter Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände unter großen Dachorganisationen äußert. Von den 12500 000 organisierten Arbeitern, Angestellten und öffentlichen Beamten entfallen über 10 740 000 oder 85,7 p. H. auf die drei großen Arbeitnehmerzentralen, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring. Nimmt man zu diesen Zentralen noch den Deutschen Beamtenbund, den Reichsbund höherer Beamter, die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie, die im Nationalverband deutscher Beamtenverbände organisierten Wirtschaftsfriedlichen (Gelbes D. Red.) und die in den drei Unionen zusammengefaßten Sanitätisten und Kommunisten hinzu, so verbleibt für die an keine dieser Zentralen angegliederten Arbeitnehmerverbände eine Gesamtmitgliedszahl von 1 711 171, das sind 2,7 p. H. der in Deutschland überhaupt organisierten Arbeitnehmer. Der Schwerpunkt der Gewerkschaftsbewegung liegt heute durchaus bei den großen Arbeitnehmerzentralen, die damit eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben der Gegenwart spielen.“ Daraus sollten die den Zentralorganisationen noch fernstehenden Arbeitnehmer die entsprechende Lehre ziehen! Nur die großen Dachorganisationen, wie sie eben genannt wurden, verbergen eine durchgreifende Vertretung und Wahrnehmung der Arbeiterinteressen.

Wirtschaftsdemokratie und Wissenschaft.

Ueber Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte macht Professor Herbert von Wedderath in der letzten Nummer des Weltwirtschaftlichen Archivs in einem Artikel „Kräfte, Ziele und Gestaltung in der deutschen Industrie-Wirtschaft“ einige bemerkenswerte Ausführungen. Ueber die ersteren schreibt er unter anderem, „daß die Arbeitsgemeinschaften zweifellos dazu beigetragen haben, die Schwierigkeiten der Ueberleitung von der Kriegsjurisdiktion zur Friedenswirtschaft zu verringern und daß sie in den Stürmen der Revolution, welche die Ordnung des deutschen Wirtschaftslebens zu vernichten drohten, stabilisierend gewirkt haben. Das Urteil über ihre dauernde Wirksamkeit ist bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern geteilt, und man hat es von Seiten der sozialistischen Gewerkschaften und darauf auch von Seiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie für richtig befunden, von dem Gedanken der dauernden Interessensolidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern etwas abzuziehen. Ein Rückschlag gegen die anfänglich hochgepannten Erwartungen beruht, die schon den Klassenkampf beendet sehen, war unvermeidlich. Immerhin arbeiten die lokalen Arbeitsgemeinschaften in der Regelung von Arbeits- und Lohnfragen nach Urteilen beider Parteien recht erfolgreich, und die überwiegend wirtschaftspolitisch tätige Zentralarbeitsgemeinschaft ist schon deshalb von hohem Wert, weil sie einen neutralen Boden abgibt, auf dem sich die Führer der Industrie und ihrer Arbeiter begegnen und Meinungen austauschen können. In dieser Beziehung hat sich die Zentralarbeitsgemeinschaft wiederholt bei schwierigen Konflikten bewährt.“ Bezüglich der Betriebsräte meint er, B. man dürfe kein Urteil über dieselben „nicht an einzelnen Mängeln der Gesetzgebung und hier und da anzugehenden praktischen Unzulänglichkeiten durch das Verhalten der einen oder anderen Partei halten. Der demokratische Wirtschaftsgedanke liegt so sehr in den Zeitverhältnissen, daß er sich unter im einzelnen völlig andersartigen Voraussetzungen auch in den reichsten Ländern und neutralen Staaten ganz ähnlich durchgesetzt und verwirklicht hat.“ — Diese Meinungsäußerungen sind um so bemerkenswerter, als Professor von Wedderath mit seinen Gesamtansichten dem Lager der Arbeitgeber im allgemeinen näher steht, als dem Arbeitnehmer.

Die 3. Internationale Arbeitskonferenz.

Die vom 25. Oktober bis 19. November v. J. in Genf tagte, faßte eine große Zahl von Beschlüssen, auf die näher einzugehen für die deutsche Arbeiterbewegung kein sonderlicher Grund vorliegt. Praktisch liegen die Dinge ja so, daß Deutschland im wesentlichen schon all jene Arbeiterkategoriebestimmungen durchgeführt hat, die durch die Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz internationalen Geltung erlangen sollen. Das Ergebnis der Genfer Konferenz besteht in Beschlüssen zu folgenden Fragen:

- 1. Vertragsentwürfe, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von den Regierungen aller angeschlossenen 53 Länder spätestens innerhalb 18 Monaten den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden müssen.
- 2. Zulassungsalter zu den Arbeiten der Schiffsheizer und Trümmern; 2. Zeitliche Untersuchung der in der Schiffahrt tätigen Kinder und Jugendlichen; 3. Verwendung von Bleiweiß im Maler-

gewerbe; 4. Koalitionsrecht in der Landwirtschaft; 5. Arbeitsunfälle in der Landwirtschaft; 6. Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft; 7. Wöchentlicher Ruhetag in der Industrie.

Ferner wurden besondere „Empfehlungen“ beschlossen, betreffend: 1. Fortbildungsunterricht, 2. Arbeitslosigkeit, 3. Sozialversicherung, 4. Nachtarbeit der Kinder, 5. Nachtarbeit der Frauen, 6. Mutterchutz, 7. Unterkunft- und Wohnräume in der Landwirtschaft, 8. Wöchentlicher Ruhetag im Handelsgewerbe.

Sämtliche wichtigere Beschlüsse der Konferenz betreffen: 1. Die Zuständigkeit des Internationalen Arbeitsamtes für landwirtschaftliche Fragen; 2. Eintragung der Frage der Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft auf die Tagesordnung einer nächsten Konferenz; 3. Untersuchungen über die Gefahren des Mißbrauchs; 4. Nachtarbeit der Kinder in den zerstörten Gebieten; 5. Rohstoffverteilung; 6. Arbeitslosigkeit; 7. Wöchentlicher Ruhetag von 36 Stunden.

Die gelben Organisationen

die noch der Revolution erledigt schienen, regen sich neuerdings wieder stärker und suchen sich wieder zu festigen. Die Mehrzahl der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen hatte, so berichtet darüber das Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums (1922, Nr. 1), „sich vor dem Kriege in dem „Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände“ eine Zentralstelle geschaffen, der u. a. der „Bund Deutscher Werkvereine“ und der „Bund nationaler Arbeitervereine“ angehörten. Daneben bestand seit 1914 der „Kartellverband Deutscher Werkvereine“, die sogenannte Berliner Richtung, deren Vereine sich im Jahre 1913 noch allem wegen ihrer abweichenden Stellung zur Streitfrage vom Bund Deutscher Werkvereine getrennt hatten. In die Stelle des Hauptauschusses trat am 23. Oktober 1919, nachdem sich die wirtschaftsfriedliche Bewegung wieder einigermaßen von den schweren Schlägen erholt hatte, die ihr die Staatsumwälzung und vor allem das Abkommen der drei ältesten Gewerkschaftsrichtungen mit den Unternehmerverbänden vom 15. November 1918 zugefügt hatte, der „Nationalverband Deutscher Gewerkschaften“, der sich neuerdings „Nationalverband Deutscher Berufsverbände“ nennt. Seine wichtigsten Verbände sind der „Reichslandarbeiterbund“, Berlin, mit zur Zeit rund 97 000 Mitgliedern, und der „Deutscher Arbeiter-Bund“, Hannover, mit rund 95 000 Mitgliedern, in dem auch die Berliner Richtung aufgegangen ist, die nach der Revolution den Namen „Freie Arbeitervereine“ angenommen hatte. Insgesamt sind 1 Nationalverband Deutscher Berufsverbände rund 190 000 Arbeitnehmer organisiert.“ — Von den Gelben gilt auch heute noch, was vor der Revolution von ihnen zu sagen war: Als selbständige gewerkschaftliche Organisationen können sie nicht anerkannt werden.

Ende des Metallarbeiterstreiks in Holland.

Der große Metallarbeiterstreik in Holland, der über 10 Wochen dauerte und einen großen Teil der holländischen Metallarbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen hatte, ist mit einem teilweisen Erfolg der Metallarbeiter beendet worden. Die Arbeitgeber planten einen „grzügigen“ Lohnabbau und verwiesen auf die schlechte Konjunktur. Es ist eben das gleiche Bild überall. Gewinne werden vorbaltlos eingestrichen, aber Verluste sucht man auf die arbeitenden Schichten abzumähen. Die holländischen Unternehmer hatten versucht den Lohn anfänglich wenigstens um 10 Prozent herabzumindern, um dann zu größeren Lohnherabsetzungen zu kommen. Nach dem Streik beträgt der Lohnabbau höchstens 10 Prozent, und zwar in zweimaligen Schritten von 5 Prozent. Die Kollegen in Holland haben zweifellos einen Erfolg damit errungen, der sich sehen lassen kann. Den größten Anteil an den Opfern und am Erfolg trugen unsere beiden christlichen Bruderverbände, der R. S. Metallarbeiterverband und der christliche Metallarbeiterverband, die ja auch die größte Mitgliederzahl in Holland haben.

Holland ist bis jetzt noch ziemlich von größeren Streiks verschont geblieben, aber es zeigt sich, daß die holländischen Kollegen, wenn es sich darum handelt, ihre Interessen zu vertreten, es in gewerkschaftlicher Energie und Geschlossenheit tun.

Die Lohn Differenzen in der nordböhmisches Metallindustrie.

Die Lohn Differenzen in der nordböhmisches Metallindustrie, die dadurch entstanden sind, daß die Arbeiter eine 30prozentige Lohn-erhöhung und die Auszahlung einer Weihnachtsremuneration gefordert haben, was von den Unternehmern abgelehnt worden ist, haben jetzt zu einem Ausstand in der metallarbeitenden Industrie in Wagnsdorf geführt. Mit Ausnahme einer Fabrik stehen in Wagnsdorf sämtliche Betriebe. Auch sind alle Betriebe des Wagnsdorfer Vertraggebietes, und zwar Rumburg, Georgswalde und Wahn-Kamitz durch den Arbeiterstreik lahmgelegt. In Leipzig, Mittelböhmen, hielt ferner dieser Tage der Verband der Metallindustriellen mit den Organisationen der Arbeiterschaft eine

längere Beratung ab. Nach eingehender Erörterung der Sachlage wurden seitens des Verbandes der Eisen- und Metallindustriellen der Organisation der Arbeiterschaft folgende Anträge vorgelegt:

1. Der Rahmenvertrag wird hinsichtlich weiter gehend, als ob er bestände, mit Ausschluß der Bestimmungen über die Vertrauensleute, welche die Organisationen der Arbeiterschaft auch weiterhin als ihre Exekutive bezeichnen können. Statt des Haupteinigungsamtes wird eine Paritätiskommission festgelegt, welche eventuelle Streitigkeiten zu schlichten hat. Es steht den Organisationen der Arbeiterschaft frei, bei Entlassung ihrer Exekutivorgane diese paritätische Kommission einzuberufen, genau so wie es im abgelaufenen Rahmenvertrag bezüglich jener Arbeiter der Fall war, deren Entlassung auf persönliche Gründe zurückzuführen war.

2. An dem bestehenden Tarifvertrag wird nichts geändert.

3. Der Verband der Eisen- und Metallindustriellen nimmt den Protest gegen die neu ausgehängte Arbeitsordnung zur Kenntnis. Derselbe bleibt solange bestehen, bis zwischen den beiden Organisationen eine neue Arbeitsordnung ausgearbeitet ist. In dieser sind die bemängelten Stellen der neu ausgehängten Arbeitsordnung in gegenseitiger Vereinbarung neu zu revidieren. Die neue Arbeitsordnung soll bis zum 31. Januar d. J. fertiggestellt sein. E. W.

Moskauer Wühlarbeit.

Der finnische Verband der Handelsangestellten und der Verband der Gastwirtsangestellten haben sich im Oktober vorigen Jahres vereinigt. Auf einer in Helsingfors stattgehabten Konferenz haben die Verbände der Sägereiarbeiter, der Fabrikarbeiter und der Transportarbeiter beschlossen, sich zu vereinigen und den Verband der Sägerei- und Transportarbeiter zu gründen. Die Verschmelzung wurde schon Ende vorigen Jahres durchgeführt. Die neue Organisation zählt ungefähr 22 000 Mitglieder.

Die Konferenz von Helsingfors hat mit 127 gegen 46 Stimmen den Anschluß an die Moskauer Internationale beschlossen, gleichzeitig hat sie den finnischen Gewerkschaftsbund aufgefordert, eine allgemeine Abstimmung über diese Frage herbeizuführen.

In Anbetracht der Entscheidung von Helsingfors hat das Exekutivkomitee des finnischen Gewerkschaftsbundes mit 12 gegen sechs Stimmen beschlossen, die Frage des Anschlusses an die kommunistische Internationale den Mitgliedern von neuem vorzulegen. Bereits im Frühjahr vorigen Jahres hatte über diesen Punkt eine Abstimmung stattgefunden, die folgendes Ergebnis hatte: Eine Minderheit von 5000 Mitgliedern hatte für den Anschluß an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gestimmt, während eine Mehrheit von etwa 11 000 Stimmen jedem Anschluß an eine Internationale abhold war.

Um eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen ist es Moskau nicht zu tun, sondern um rein politische Ziele. Das tritt oft offener, oft verhüllter hervor. Unsere Kollegen wissen, was sie von den Moskauer Schwabronen zu halten haben.

Arbeitsnehmerfragen in Italien.

In Italien besteht seit 1902 ein oberster Arbeiterrat, dessen wichtigste Tätigkeit die Begutachtung aller dem Parlament vorgelegten Gesetzentwürfe, die die Arbeit und die Arbeiterfragen betreffen, ist. Die Art und Weise der Zusammenfassung dieses aus 44 Mitgliedern bestehenden Rates begegnete schon lange heftiger Kritik, vor allem wegen der durchaus ungenügenden Vertretung der Arbeitnehmer. Ferner kämpften die christlichen Gewerkschaften gegen die Monopolstellung, welche die Sozialisten in der Vertretung der Arbeiter in diesem Rat hatten. Ihre Forderung, in dem Arbeiterrat eine Vertretung zu bekommen, wurde im Mai 1919 von dem damaligen Handelsminister Nitti abgewiesen, sogar das Stimmrecht zum Arbeiterrat wurde ihnen verweigert.

Ein Gesetzesentwurf, der die Umwandlung des Arbeitssates in ein Berufsparlament vorsah, kam nicht zur Durchführung. Er wurde im November 1920 durch einen neuen ersetzt, der dem Arbeiterrat als Hauptaufgabe die Vorberatung sämtlicher Gesetze, die die Arbeit betreffen, überträgt, ferner soll er die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen studieren, Anfragen veranlassen über die Produktionspreise in allen Betrieben und schließlich die Rolle des Schlichters bei wirtschaftlichen Konflikten übernehmen. Er sieht eine gleiche Anzahl an Vertretern des Kapitals und der Arbeit vor, die Vertreter der Arbeiter sollen auf der Grundlage des Proportionalwahlrechts gewählt werden. Dagegen wehren sich nun die Sozialisten heftig, auch lehnen sie das „überlebte“ System der paritätischen Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie den bloß beratenden Charakter des obersten Arbeitssates ab. In diesem letzteren Punkte gehen auch die christlichen Gewerkschaften, die in dem Entwurf sonst die Erfüllung einer Reihe von Forderungen begrüßen, mit ihnen einig. Wahrscheinlich wird aber der Protest nichts nützen und der Entwurf zum Gesetz erhoben werden.

Aus dem Reich der Technik

Bogenbrücken aus umschmürtem Gußeisen.

Das umschmürte Gußeisen ist ein zur Aufnahme hoher Druckkräfte bestimmter Verbundkörper. Ein Kern aus Gußeisen ist mit einer Hülle aus umschmürtem Beton versehen, wodurch dem Gußeisen seine Sprödigkeit genommen wird. Durch das Bestreben des Gußeisens, bei Druckbeanspruchung sich leicht auszudehnen, wird die Umschmürung angespannt. Während beim gewöhnlichen Eisenbeton nur 1 bis 3 Prozent, sind beim umschmürten Gußeisen mehr als 8 Prozent, meist 10 Prozent Eisen vorhanden. Derart druckfeste Kerne kommen also nur dort in Frage, wo Vorglieder von möglichst geringen Abmessungen erstellt werden sollen, also hauptsächlich bei schwer belasteten Säulen und bei Bogenbrücken.

Als erste eiserne Brücke der Welt war im Jahre 1779 eine solche aus Gußeisen in Coalbrookdale hergestellt worden. Aus dieser Periode stammt auch die Southwarkbrücke in London, die Conwaybrücke, die Solferino-Brücke in Paris u. a. m. Die einzige größere Brücke aus dieser Periode, welche bisher in Deutschland erhalten wurde, ist die Stadthafenbrücke in Laibach.

In den letzten Jahren ist das Gußeisen durch das Flußeisen ersetzt worden. In Frankreich und England hat man länger am Gußeisen festgehalten. Im Jahre 1870 wurde eine Reihe gußeiserner Brücken in Frankreich gesprengt. Während man in dem französisch gebildeten Teil die Brücken genau nach den früheren Plänen wieder in Gußeisen auszuführen suchte, hat man in den Reichsländern alle gesprengten Brücken in Flußeisen hergestellt. Trotzdem hat Schloß-Verträge noch viele gußeiserne Brücken. Besonders wertig ist namentlich die Kugelbrücke bei Ars, welche im Jahre 1849 gebaut wurde. Die älteste deutsche Gußeisenbrücke ist

Bogenbrücke über das Stiegauer Wasser. Das Flußeisen hat das die im Jahre 1794 vom Kgl. Hüttenamt in Malapane gebaute Gußeisen durch seine wirtschaftliche Ueberlegenheit verdrängt, indem bei Flußeisen die Sicherheit der Konstruktion auf ein geringes Maß herabgesetzt werden kann. Ein Vierteljahrhundert galt das Gußeisen nicht als vollwertiges Konstruktionsmaterial. Gußeisen mit einer Druckfestigkeit von 7600 Kilogramm pro Quadratcentimeter wird in Deutschland wenig verwendet. Nach Untersuchungen von Bach beträgt die Druckfestigkeit von Gußeisen 5000 Kilogramm pro Quadratcentimeter. Kohlenstoffarmes Gußeisen kann nun nach neueren Methoden mit einer Festigkeit von über 10 000 Kilogramm pro Quadratcentimeter hergestellt werden.

Die Versuche wurden mit Baugliedern in Naturgröße ausgeführt, welche z. B. bei den Bogen der Hindenburgbrücke in Leipzig (2 Bogenrippen von 110-110½ = 12 100 Quadratcentimeter) eine Leistungsmaschine von mindestens 400 Tonnen Leistung nötig machen. In ähnlicher Weise war damals in Groß-Richterfelde eine 100-Tonnen-Maschine aufgestellt.

Angesührt wurden Bogenbrücken mit Bogen unter der Fahrbahn und Bogenbrücken mit aufgehängter Fahrbahn. Zur ersten Gruppe gehört eine Eisenbahnbrücke in Pommern (Zweifelhaftigkeit über die Variante in Kastrin) und ein Bogen von 76 Meter Spannweite über die Spree bei Treptrau.

Die Eisenbahnbrücke ist deshalb interessant, weil dies der erste Fall ist, wo Gußeisen als Tragwerk nach 20 Jahren wiederum verwendet wird. Die Brücke über die Spree wurde von der Firma Götter & Co. in Stettin ausgeführt. Besonderes Interesse verdient dabei auch das neartige Lehrgerüst.

Die Brücke über die Spree ist besonders in ihrer architektonischen Durchbildung bemerkenswert. Der Entwurf stammt vom Statikbauamt in Potsdam.

Bei beiden Brücken ist die Einrüstung aus Eisenachwerk hergestellt. Man hat eine große Reihe von Versuchen mit umschmürtem Gußeisen ausgeführt, von welchen nur der folgende mitgeteilt sei,

bei welchem es sich um gewöhnliche umschmürte Säulen ohne Gußeisen und solche, die mit vier Winkeln armiert waren, handelt. Während die Betonjule 116 Tonnen Tragfähigkeit aufwies, betrug die mit einer Spirale umschmürte Säule eine solche von 188 Tonnen. Die Wirkung der Umschmürung (86 Prozent) ist also eine ganz hervorragende. Durch Einfügen von vier Winkeln mit einem Querschnitt von rund 10 Prozent Gußeisen ist die Bruchlast auf 960 Tonnen gestiegen. Wichtig ist hierbei, daß diese Vermehrung auch bei dem Auftreten der ersten Risse und bei ezentrischen Versuchen sich eingestellt hat.

Der Bogen mit aufgehängter Fahrbahn hat ein viel weiteres Anwendungsbereich wie der Bogen mit Fahrbahn oben, weil der letztere durch die Konstruktionshöhe vielfach beschränkt ist, auch vielfach große Horizontalschübe auftreten.

Ein Beispiel hierfür bietet die Mainbrücke in Unterleitersbach, die auf Pfählen fundiert und noch vor dem Krieg beendet wurde. Sieht man von den Kosten der Fahrbahn ab, so lassen sich die Kosten eines Tragwerks zusammen aus den Kosten des Gerüsts, den Kosten der Widerlager und den Kosten des Bogen selbst. Man ist nur imstande, durch die beiden mit Gußeisen bewehrten Rippen einen verhältnismäßig billigen Bogen herzustellen. Damit können Sand in Hand auch die Kosten der beiden anderen Faktoren herabgedrückt werden. Die beiden Bogenrippen bedürfen eigentlich nur eines Montagegerüsts der Eisenarmatur. Die Ausfüllung derselben mit Beton bedeutet eine geringe Mehrbelastung, welche nur während zweier Tage vom Gerüst selbst getragen wird. Sobald die Festigkeit des Betons 40 Kilogramm pro Quadratcentimeter beträgt, bedürfen die beiden Bögen keiner Unterfüllung mehr. Das Gerüst hat jetzt nur mehr die Aufgabe, die Vollendungsarbeiten zu ermöglichen. Auch der Einfluß der Temperaturspannung tritt hier ganz in den Hintergrund. Je schwieriger die Ausbildung der Widerlager ist, desto größer ist die Expansions.

In Bezug auf Spannweite und architektonische Durchbildung ist noch die Hindenburgbrücke in Dresden zu erwähnen. (1916 vollendet und eröffnet.)